

Pressespiegel zu „Fachkonzept“ und Dienstanweisung Nr. 93 im Jugendamt Halle

Überblick über die Beiträge in den Medien (Tagespresse, Wochenzeitung, TV, Rundfunk, Amtsblatt Halle etc.)

Stand: 3. Dezember 2007

Pressemeldungen im Oktober 2007

Die Pressemeldungen von November sind downloadbar unter <http://www.herwig-lempp.de/daten/doku/0711PresseHalleNov.pdf>

1. **Heimerziehung in Halle**, S. Arlt, Deutschlandfunk, 30. Okt. 2007
2. **Halle spart bei Jugendsozialarbeit**, C. Bergmann; M. Eilers-Jahnke, MDR aktuell (TV), 29. Okt. 2007
3. **Plan für Heimkinder bleibt umstritten**, A. Schierholz, Mitteldeutsche Zeitung, 27. Okt. 2007
4. **Dienstanweisung soll nochmal überdacht werden**, Halleforum, 26.10.07
5. **Kinderheime: Zweifelhafte Dienstanweisung in Halle**, E. Altmann und S. Hellem, MDR um zwölf (TV), 26. Okt. 2007
6. **Rückzieher von Szabados**, B. Zentner, Mitteldeutsche Zeitung, 26. Okt. 2007
7. **Heim ins Nichts**, Chr. Seils, Die Zeit, 25. Okt. 2007
8. **Der Fall Kevin schärft den Blick**, ARD Tagesthemen, 24. Okt. 2007
9. **Ein kurzes Leben vor Gericht**, E. Gundel, Weser-Kurier Bremen, 24. Okt. 2007
10. **Verletzte Seelen und der Haushaltsplan**, Fraktion Neues Forum + Unabhängige, Amtsblatt Halle 24. Okt. 2007
11. **Halles Heimkinder**, ZDF Blickpunkt, B. Suhr, 21. Okt. 2007
12. **Keine Einschnitte bei Kinderheimen?** G. Gunkel, Mitteldeutsche Zeitung, 15. Okt. 2007
13. **Nicht sensibel genug**, Kommentar, G. Gunkel, Mitteldeutsche Zeitung, 15. Okt. 2007
14. **Zurück ins Elend**, F. Berth, Süddeutsche Zeitung, 9. Okt. 2007
15. **Familie statt Heimerziehung**, B. Zentner, Mitteldeutsche Zeitung, 2. Okt. 2007

Pressemeldungen von Juni bis September 2007

16. **Sparen auf Kosten von Heimkindern**, M. Bartsch, TAZ, 27. Sept. 2007
17. **Szabados will nicht alle Heimkinder heimschicken**, MDR 1 Radio S.-A., 21. Sept. 2007
18. **Halle will 314 Kinder aus Heimen holen**, BILD-Halle, U. Freitag, 21. Sept. 2007
19. **Auf Kosten der Kinder gespart?**, H. Jürgens, Mitteldeutsche Zeitung, 11. Sept. 2007
20. **Warnungen nicht gehört**, Kommentar, H. Jürgens, Mitteld. Zeitung, 11. Sept. 2007
21. **Einsparen ohne Zukunft oder: Setzt Politik auf Fachlichkeit?**, Fraktion Neues Forum + Unabhängige, Amtsblatt Halle, 20. Juni 2007

Heimerziehung in Halle

Deutschlandfunk

Sendezeit: 30.10.2007, 14:24 Uhr

Autor: Arlt, Susanne

Programm: Deutschlandfunk

Sendung: Deutschland heute

Länge: 04:00 Minuten

Moderatorin (Susanne Arlt);

Ein Vergleich mit anderen Städten ergab, Halle gibt für das stationäre Wohl seiner Kinder in Heimen wesentlich mehr aus als der Bundesdurchschnitt. Darum wurde vor zwei Jahren ein Fachkonzept in Auftrag gegeben. Die gemeinnützige Beratungsgesellschaft „Start“ hat es verfasst und kommt zu dem Schluss, Halle könne in den kommenden zwei Jahren vier Millionen Euro bei der Heimbetreuung von Kindern und Jugendlichen einsparen, ohne Qualitätsverlust versteht sich. Und daran glaubt SPD-Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados trotz bundesweiter Skepsis noch immer.

Dagmar Szabados (Oberbürgermeisterin):

Ich betone immer, für mich sind die Ausgaben ein Controllinginstrument. Dass man einfach sich mal vergleicht, denn ansonsten muss ich ja glauben, wenn man sich hier hinstellt und sagt: „Tja, es ist nun mal so.“ Und warum soll es in Halle soviel schwieriger sein, die Arbeitslosenziffern sind in Magdeburg ähnlich und ich finde eigentlich keinen Grund, warum wir hier in Halle, was die Hilfen zur Erziehung angehen, eigentlich wesentlich über den Durchschnitt liegen sollen.

Moderatorin:

Das Fachkonzept sieht einen radikalen Schnitt vor und setzt dabei auf Prävention. Kinder aus problematischen Familienverhältnissen sollen vornehmlich ambulant versorgt und in ihren Familien betreut werden. Ein Heimplatz ist nämlich teuer. Er kostet rund 40.000 Euro im Jahr. Der Jugendamtsleiter Lothar Rochau wollte bei der Haushaltskonsolidierung wohl mit gutem Beispiel voran gehen, als er im vergangenen Monat eine interne Dienstanweisung ausgab. Darin verfügte er die Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30. September. Und hängte gleich noch ein Rechenbeispiel an, das anschaulich erklärt, wie man besagte vier Millionen Euro einsparen könne. Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados nennt die Formulierung jetzt unglücklich. So wie es in der Dienstanweisung steht, hätte es der Jugendamtsleiter eigentlich gar nicht gemeint. Er muss nun die Dienstanweisung überarbeiten und in der wird nur eine Überprüfung aller Heimkinder angeordnet. Das Kindeswohl stehe dabei immer im Vordergrund. Trotz Haushaltskonsolidierung übersteigen die Ausgaben der Jugendhilfe im diesen Jahr aber deutlich ihre Ziele um genau 1,6 Millionen Euro. Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados gibt offen zu, dass sie mit der neuen Dienstanweisung auch Druck auf die Mitarbeiter und Freien Träger ausüben will.

Dagmar Szabados:

Ja, die Rückführung steht zwar überall auf dem Papier, aber die Hilfepläne werden dann auch oft so gemacht, dass man sagt: Was ist mit dem Kind? Läuft das gut in

dem Heim? Ja, das läuft gut in dem Heim. Die Mutter ist auch dort, die wird mit einbezogen.

Aber was kann man tun, dass die familiäre Situation so wird, dass die Kinder doch zu Hause leben können?

Moderatorin:

Johannes Herwig-Lempp lebt in Halle und bildet an der Hochschule Merseburg Sozialarbeiter aus. Die Beratungsgesellschaft START habe die Stadt sehr schlecht beraten, findet er. Prävention bei Jugendarbeit sei natürlich richtig und seit einigen Jahren lege man darauf auch viel Wert in Halle. Aber mit dieser Taktik den Haushalt zu konsolidieren sei kompletter Unfug. Präventionsarbeit bedeutet zuerst immer ein Mehr an Ausgaben. Auch die neue Dienstanweisung sei Humbug.

Johannes Herwig-Lempp (Hochschule Merseburg):

Die Oberbürgermeisterin und der Amtsleiter sprechen ihren Mitarbeitern systematisch jede Kompetenz ab. Und die Oberbürgermeisterin hat gestern wieder gesagt: „Jetzt wird endlich gründlich geprüft.“ Und das ist einfach falsch. Jeder Fall, jede Hilfe zur Erziehung wird halbjährlich von vielen Fachleuten in einem aufwendigen Verfahren entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz geprüft. Und das ist Unsinn. Teilweise müssen die Mitarbeiter jetzt Fälle prüfen, die vor vier Wochen oder vor acht Wochen geprüft worden sind.

Moderatorin:

Eine logische Erklärung für das Verhalten der Stadt gebe es nicht, sagt Herwig-Lempp. Von Gesichtswahrung sprechen die einen, von Beratungsresistenz die anderen. Bleibt nur zu hoffen, dass dabei das Kindeswohl nicht auf der Strecke bleibt.

Deutschlandfunk (30.10.2007, 14.24 Uhr): Heimerziehung in Halle. URL: http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2007/10/30/dlf_20071030_1424_66375085.mp3 (rev: 31.10.2007, 18.30 Uhr)

Halle spart bei Jugendsozialarbeit MDR aktuell

Sendezeit: 29.10.2007

Autor: C. Bergmann; M. Eilers-Jahnke

Programm: MDR

Sendung: MDR aktuell

Länge: 01:36 Minuten

Sprecher:

Das Grab von Kevin. Das pflegen heute nur noch die Nachbarn. Seine Mutter ist tot. Sein Stiefvater steht vor Gericht. Kevins Fall stellte die Arbeit der Jugendämter in Frage. Viele Verbesserungsvorschläge für mehr Jugendarbeit folgten. Dagegen wird in Halle massiv an der Heimbetreuung von Kindern und Jugendlichen gespart.

Ronald Sittinger (Sozialarbeiter):

Wir sind im Grunde genommen der Meinung, dass solche Fälle wie zum Beispiel in Bremen bis dato in Halle nicht passiert sind. Aber die strukturellen Veränderungen können durchaus dazuführen, dass Warnsignale nicht mehr gesehen werden können.

Sprecher:

Ein neues Konzept zur Jugendarbeit verlangt, dass 90% aller Heimkinder zu ihren Eltern zurückkehren sollen, egal in welche Situation. Die Richtung ist klar; die Stadt will sparen. Eine Methode, die in Halle seit Jahren praktiziert wird. Eine Anweisung fordert beispielsweise für jedes neu aufgenommene Kind, zwei andere nach Hause zu schicken. Anstatt Heimbetreuung wird hier auf Frühwarnsysteme gesetzt.

Lothar Rochau (Jugendamtsleiter):

Weil wir der Überzeugung sind, mit einer qualitativen Steigerung und mit einer früheren Unterstützung der Familien können wir mittelfristig Geld einsparen.

Johannes Herwig-Lempp (Hochschule Merseburg):

Es gibt in Deutschland keinen einzigen Fachmann, der dieses Konzept unterstützen würde. Es gibt viele Politiker, die das vielleicht versuchen nachzuahmen. Aber es gibt keinen Fachmann und die Stadt Halle verlässt damit jede sozialpädagogische und wissenschaftlich fundierte Ebene.

Sprecher:

Noch im vorigen Jahr ist in Halle ein Junge unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen. Seine Geschwister fanden damals sofort Zuflucht beim Jugendamt, weil der Vater unter Verdacht stand. Betreuer Sittinger macht sich Sorgen, dass in solchen Fällen künftig nicht mehr so schnell gehandelt werden kann.

MDR aktuell (29.10.2007): Halle spart an Jugendsozialarbeit. URL: <http://www.mdr.de/mdr-aktuell/> (rev.: 01.11.2007, 10.55 Uhr)

Plan für Heimkinder bleibt umstritten

Experte: neue Dienstanweisung nicht besser - Ausschuss drängt auf Umsetzung des Konzepts

Von unserem Redakteur ALEXANDER SCHIERHOLZ

Halle/MZ. Auch nach der angekündigten Überarbeitung der umstrittenen Dienstanweisung zum Umgang mit Heimkindern bleibt die Stadtverwaltung in der Kritik. "In der Sache hat sich gar nichts geändert", sagte gestern Johannes Herwig-Lempp, Professor für Sozialarbeit an der Fachhochschule Merseburg. Der Wissenschaftler gehört zu den schärfsten Gegnern des Konzepts, Heimkinder wieder in ihre Familien zurückzuführen. Tatsächlich will die Stadt, wie berichtet, grundsätzlich an diesem Ziel festhalten.

"Dazu sollen die einzelnen Hilfepläne für Kinder und Familien ständig überprüft werden", sagte Stadtsprecher Steffen Drenkelfuß gestern. "Die Familien müssen mit unserer Hilfe in die Lage versetzt werden, selbst für ihre Kinder zu sorgen." Der Vorwurf, Kinder generell aus den Heimen zu nehmen, um Kosten zu sparen, sei absurd.

Im Jugendhilfeausschuss wurde die angestrebte Überarbeitung der Anweisung am Donnerstagabend "mit Genugtuung" aufgenommen, wie dessen Vorsitzende Hanna Haupt (SPD) sagte. "Ich hoffe, dass die Debatte jetzt sachlicher wird." Das dahinter stehende Konzept, das mehr Wert auf Prävention statt Heimerziehung legt, gibt es bereits seit einem Jahr. Thomas Godenrath (CDU) und Ute Haupt (Linke) äußerten die Erwartung, dass es nun endlich umgesetzt werde. Dabei seien sowohl die Verwaltung als auch die freien Träger als Betreiber der Heime in der Pflicht.

Godenrath räumte ein, dass das umstrittene Sparziel von zwei Millionen Euro allein im Jahr 2008 nach wie vor bestehe. "Niemand sagt, wie das umgesetzt werden soll", kritisierte Herwig-Lempp. Es dauere Jahre, bis solche Konzepte Wirkung zeigten, auch finanziell. In der Ausschusssitzung haben auch Vertreter freier Träger deutlich gemacht, dass die Sparvorgabe nicht tragbar sei.

Dienstanweisung soll nochmal überdacht werden

Hilfen zur Erziehung - Verwaltung will grundsätzlich an Konzept festhalten, Diakonie gegen Einsparungen an Heimkindern

(ens) Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados und ihr Jugendamtsleiter Lothar Rochau wollen sparen. Insgesamt 4 Mio Euro weniger sollen künftig für die "Hilfen zur Erziehung" ausgegeben werden. Wie das geschehen soll - dazu haben die beiden schon konkrete Vorstellungen. Die rund 300 Heimkinder in Halle sollen zurück in ihre Familien geschickt werden. Eine entsprechende Dienstanweisung wurde den Freien Trägern im September zugestellt. Kontrovers wurde dazu bereits im Halleforum diskutiert.

Zwar muss Jugendamts-Leiter Lothar Rochau nun die Dienstanweisung noch einmal überarbeiten, vermutlich ein Zurückrudern durch bundesweite Presseberichte. Doch in groben Zügen soll trotzdem weiterhin an dem Konzept festgehalten werden, erfuhr das Halleforum. Die Anweisung sei mißverständlich formuliert gewesen, erklärte Rochau im Jugendhilfe-Ausschuss. Er sprach von einem Mißverständnis der Auslegung. Es sei nicht gewollt gewesen, dass 90 Prozent der Heimkinder wieder nach Hause geschickt werden. Rochau unterstrich das Kindeswohl, das bei der Überarbeitung im Vordergrund stehe. Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Freien Träger solle nun das Konzept noch einmal überarbeitet werden. "Aber mit Kostenbewußtsein", so Rochau.

Oberkirchenrat Eberhard Grüneberg von der Diakonie Mitteldeutschland hat sich kritisch zu dem Vorhaben der Stadt geäußert. Es sei nicht sinnvoll, pauschal alle Kinder nach Hause schicken zu wollen. Vielmehr müsse man die Einzelfälle betrachten. Sicher gebe es Fälle, wo die Kinder zu Hause besser aufgehoben seien. Doch man könne nicht aus Spramskeitsgründen einfach alle Kinder aus den Heimen nach Hause schicken, sagte Grüneberg am Donnerstag auf Nachfrage.

Die ursprünglich geplanten Einsparungen der Stadt sind vorerst übrigens auch nicht machbar. So muss Halle nun 4 Mio Euro zusätzlich aufbringen. Während für 2007 noch nicht klar ist, wo die Gelder herkommen sollen, gibt es für 2008 bereits konkrete Pläne. Durch Einsparungen im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie sollen 850.000 Euro in den Bereich "Hilfen zur Erziehung" fließen, weitere 150.000 Euro sollen durch Einsparungen im Bereich "Soziales" aufgebracht werden. Eingespart werden sollen zudem Gelder für die Weiterbildung im HZE-Bereich. Für eine weitere Million Euro fehlt aber auch im nächsten Jahr noch die Deckung. Das Sparkonzept der Oberbürgermeisterin scheint mit der heißen Nadel gestrickt zu sein.

In die Kritik geraten ist bundesweit auch die START gGmbH von Klaus Roth. Diese unterstützt die Stadt Halle als gemeinnützige Beratungsgesellschaft im Bereich Jugendhilfe. Bereits mehrfach wurde kontrovers über Klaus Roth und seine Gesellschaft im Halleforum diskutiert. Roth verlangte damals die Herausgabe der IP-Adressen und drohte mit rechtlichen Schritten. Das Halleforum kam den Forderungen nicht nach.

Kinderheime: Zweifelhafte Dienstanweisung in Halle

MDR um zwölf

Sendezeit: 26.10.2007

Autor: Altmann, Eva & S. Hellem

Programm: MDR

Sendung: MDR um zwölf

Länge: 02:45 Minuten

Sprecher:

Jeden Tag besucht Cornelia Fleischer ihre Kinder im Heim, um normales Familienleben zu üben. Ihren alkoholkranken Mann hat sie verlassen. Allein mit ihren sieben Kindern war sie zu Hause überfordert. Vor einem Jahr stimmte sie zu, dass vier Kinder erstmals in diese Einrichtung kommen. Hier lernt sie, dass Chaos zu beherrschen. Hier klappt das manchmal, zu Hause noch nicht. Das braucht Zeit. Doch jetzt droht allen zurück in die familiäre Anarchie geschickt zu werden. Die Stadt Halle verlangt per Dienstanweisung die Rückführung aller Kinder und Jugendlichen aus Heimen in ihre Familien. Sämtliche Träger von Kinderheimen in Halle sind entsetzt.

Steffen Kröner (Arbeitskreis Freier Träger Erziehungshilfen)

Das finde ich fachlich skandalös: diese Form von Erziehungshilfe grundsätzlich und generell auf den Prüfstand zu stellen und zu behaupten, man braucht das nicht mehr.

Sprecher:

Klar ist, Kinderheimplätze sind teuer und der Leiter des Jugendamtes muss sparen.

Lothar Rochau (Jugendamt Halle):

Für 2008 und 2009 ist eine Vorgabe von jeweils zwei Millionen Euro einzusparen.

Sprecher:

Ein Rechenbeispiel der Stadt zeigt, um zwei Millionen Euro einzusparen, müssten 90% Prozent aller Kinder und Jugendlichen die Heime verlassen. Heimplätze, so das Kalkül, brauche man sowieso nur noch selten; weil die Frühwarnsysteme besser werden sollen.

Lothar Rochau:

Es geht im Kern darum, dass wir sehr früh in so genannten Quartiersrunden in den Stadtteilen solche Hilfsangebote für Jugendliche, Kinder und Familien machen, die an der Stelle angenommen und mitgestaltet werden können.

Johannes Herwig-Lempp (Hochschule Merseburg):

Das ist fachlicher Unsinn. Es wäre so ähnlich wie wenn man Krankenhäuser heute abschafft und stattdessen Gymnastikgruppen machen würde

Sprecher:

Der Hochschulprofessor hat das Konzept der Stadt studiert. Er hält es für organisatorisch unmöglich und rechtlich bedenklich.

Johannes Herwig-Lempp:

Es gibt in Deutschland keinen einzigen Fachmann, der dieses Konzept unterstützen würde. Es gibt viele Politiker, die das vielleicht versuchen nachzuahmen. Aber es gibt keinen Fachmann und die Stadt Halle verlässt damit jede sozialpädagogische und wissenschaftlich fundierte Ebene.

Sprecher:

Von einem Missverständnis sprach die Stadt Halle. Die umstrittene Dienstanweisung wurde inzwischen kassiert. Sie soll nun überarbeitet werden.

Dagmar Szabados (Oberbürgermeisterin Halle):

Also es heißt nicht, egal wie die Familien aussehen, die Kinder kommen zurück in die Familien. Sondern wir gucken uns die Herkunftsfamilien genau an. Das sollte erreicht werden. Deswegen, wie gesagt, habe ich auch den Amtsleiter aufgefordert, diese Dienstanweisung zu überarbeiten.

Sprecher:

Cornelia Fleischer hat ihre sieben Kinder nie geschlagen oder hungern lassen. Sie gehört wohl zu den harmloseren Fällen. Dennoch drohten die Kinder sozial zu verwaisten. Müssten sie jetzt das Heim verlassen, wären zu Hause wohl wieder alle überfordert.

MDR um 12(26.10.2007): Kinderheime. Zweifelhafte Dienstanweisung in Halle. URL: <http://www.mdr.de/mediathek/sachsen-anhalt/4432639.html> (rev.: 29.10.07).



☒ DIESE SEITE DRUCKEN (Version vom: 26.10.07)

Rückzieher von Szabados

Kritik an Umgang mit Heimkindern

von Birger Zentner, 25.10.07, 21:29h, aktualisiert 25.10.07, 21:54h

Halle/MZ. Im Streit um den Umgang mit den Heimkindern in Halle hat Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados am Donnerstag eingelenkt. Der Jugendamtsleiter muss auf ihre Weisung hin jetzt seine Dienstanweisung überarbeiten, die zuerst in Halle und jetzt auch bundesweit für Kritik gesorgt hatte, verlautete aus der Stadtverwaltung. Die umstrittene Anweisung von Anfang September hatte gefordert, alle 300 Heimkinder in der Stadt bis Ende September zu überprüfen und möglichst in ihre Familien zurückzuschicken.

Kritiker hatten vor allem das hohe Tempo der Aktion scharf angegriffen. Darunter waren die freien Träger der Jugendhilfe als Betreiber der Heime ebenso wie Wissenschaftler und Stadträte (die MZ berichtete). Szabados hatte bereits Anfang Oktober gegenüber der MZ versucht, die Anweisung zu relativieren, aber erst jetzt offiziell eine überarbeitete Konzeption gefordert. In die Schlagzeilen war das Vorgehen der Stadt auch deshalb geraten, weil die Dienstanweisung ein finanzielles Konzept enthielt, in dem Sparziele bei den Ausgaben für die Jugendhilfe formuliert worden waren. Noch in diesem Jahr sollte es um Einsparungen von 2,2 Millionen Euro gehen.

Nach MZ-Informationen soll jetzt als Ziel die kontinuierliche Überprüfung der Hilfepläne für die betreffenden Kinder und Familien formuliert werden. Dabei soll darauf Wert gelegt werden, die Situation in den Familien zu verbessern. Zwar würde auch jetzt Kostenbewusstsein eine Rolle spielen, aber vor allem als ein Mittel des Vergleichs mit anderen Städten. Halle hat nach MZ-Informationen gegenüber vergleichbaren Kommunen etwa 15 Prozent höhere Kosten für die Jugendhilfe. Insgesamt gibt die Stadt jährlich für die Betreuung der Heimkinder sowie die ambulanten Hilfen für weitere etwa 700 Kinder rund 20 Millionen Euro aus.

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1189423928523>'

Heim ins Nichts

Um Geld zu sparen, wollte die Stadt Halle in SACHSEN-ANHALT ihre Jugendheime schließen. Jetzt rudert sie zurück

VON CHRISTOPH SEILS

HALLE

Klaus Roth ist sich keiner Schuld bewusst. Er unterstützt die Stadt Halle seit zwei Jahren mit seiner gemeinnützigen Beratungsgesellschaft START bei der »sozialräumlichen Umgestaltung der Jugendhilfe«. Er hat mit dem Jugendamt ein Konzept erstellt mit dem Ziel, bei der Heimbetreuung von Kindern und Jugendlichen insgesamt 4 Millionen Euro einzusparen. Er hat der mit 235 000 Einwohnern größten Stadt Sachsen-Anhalts einen »radikalen Schnitt« empfohlen und seine Vorschläge mit Schlagworten wie »pro-aktiv oder »effektiv und effizient« geschmückt.

In Halle jedoch muss man sich fragen, was ein Berater wert ist, der seinen Auftraggeber sehenden Auges in ein Desaster laufen lässt. Von einer »Katastrophe für die betroffenen Kinder« ist unter Experten die Rede. Denn am 3. September hatte Jugendamtsleiter Lothar Rochau in einer internen Dienstanweisung »die Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30.09.2007« verfügt. Im Klartext: Die Stadt Halle wollte ihre Kinder- und Jugendheime schließen und rund 350 Kinder und Jugendliche in ihre kaputten Familien zurückschicken.

Groß waren die Schlagzeilen und laut die Proteste. Nur Lothar Rochau versteht die ganze Aufregung nicht. Er spricht von einer »unglücklichen Formulierung« und verweist auf einen Nebensatz der Dienstanweisung, in dem von einer »Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls« die Rede ist. Doch ganz aus Versehen kann die unglückliche Formulierung dann doch nicht entstanden sein. Schließlich rechnet der Jugendamtsleiter im Anhang vor, dass die Stadt noch in diesem Jahr zwei Millionen Euro »haushaltswirksam« einsparen könne, wenn 90 Prozent der Heimkinder nach Hause zurückkehrten.

Viel Geld bedeutet noch längst nicht viel Kindeswohl.

Nachdem sich die Sache herumgesprochen hatte, war plötzlich alles gar nicht so gemeint. »Wir brauchen auch weiterhin moderne Heimerziehung«, versichert Rochau. Nur eben nicht mehr so häufig. Den Familien solle geholfen werden, lange bevor ein Kind ins Heim müsse. »Wir wollen bislang verborgene Potenziale nutzen.« Deshalb sollen sich Schulen und Kitas, Sportvereine und Wohnungsgesellschaften miteinander vernetzen. Einen »Paradigmenwechsel« will Rochau. Das klingt innovativ und ein bisschen so, als seien »Prävention« und »Stadtteilorientierung« eine völlig neue Erfindung. Aber für Klaus Roth von START ist Halle damit sogar ein »Trendsetter«, und er verspricht »20 Prozent Einsparung ohne Qualitätsverlust«.

Da werden die Stadtkämmerer der Republik hellhörig, denn ein Heimplatz kostet rund 40 000 Euro im Jahr. In Halle gilt Magdeburg als Vorbild. Die Landeshauptstadt ist ähnlich groß, hat vergleichbare soziale Probleme, gibt aber statt 20 nur 13,5 Millionen Euro für die Hilfen zur Erziehung aus. Auch im Vergleich mit anderen Städten ähnlicher Größe liegt Halle mit 65,7 Heimkindern je 10 000 minderjährige Einwohner etwa 20 Prozent über dem Durchschnitt. Die Frage, wie viele Heimplätze für eine Stadt wie Halle nötig sind, lässt sich allerdings nicht so einfach beantworten.

Viel Geld bedeutet längst noch nicht viel Kindeswohl - und umgekehrt. Viele Kommunen versuchen derzeit, die Kosten zu drücken, Heimplätze abzubauen, die Jugendhilfe neu zu organisieren, irgendwie. »Es gibt derzeit relativ viel Chaos im System«, sagt Heinz Kindler vom

Deutschen Jugendinstitut, »aber es gibt wenig gesichertes Wissen über die Wirkung ambulanter oder stationärer Hilfen«.

Dem Hallenser Jugendamtsleiter ist das Chaos offenbar über den Kopf gewachsen. Der »Paradigmenwechsel« stößt auf Widerstände, die Vernetzung der lokalen Akteure funktioniert noch nicht. Die Ausgaben sind nicht gesunken, sondern gestiegen. Andere Städten haben Jahre gebraucht, um ihre Erziehungshilfe umzubauen. Sie haben zunächst investiert, bevor Einsparungen möglich wurden. In Halle wollte man angesichts einer Haushaltsnotlage beides gleichzeitig. Das ging schief, und Lothar Rochau wusste sich nicht mehr anders als mit der Dienstanweisung zu helfen.

Rechtlich ist diese fragwürdig und praktisch gar nicht umsetzbar. So wurde denn bislang auch kein einziges Kind aufgrund von Rochaus Anweisung aus dem Heim entlassen. Aber möglicherweise hatte sie von Anfang an ein ganz anders Ziel. Klaus Roth von START will sie als »Signal« verstehen, das der Heimlobby klarmache, »wir meinen es ernst«. Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) spricht freimütig über »etwas Druck«, der so gegenüber den Mitarbeitern der Heime und Wohngruppen aufgebaut worden sei. Das Kindeswohl stehe im Vordergrund, versichert sie, »aber einmal Heim heißt nicht immer Heim«.

Der Druck zeigt Wirkung. Voraussichtlich 45 bisherige Heimkinder sollen vom kommenden Jahr an in den Familien ambulant betreut werden. Doch die Hauruckaktion hat viel Unruhe ausgelöst. Mitarbeiter des Jugendamtes wehren sich in internen Protestbriefen dagegen, dass ihre bisherige fachliche Arbeit disqualifiziert werde. Die Heimbetreiber bangen um ihre Einnahmen. »Ich habe nichts gegen Prävention«, versichert Steffen Kröner von der Arbeiterwohlfahrt, aber keine noch so gute Vorbeugung könne Heime ersetzen. Die etablierten Anbieter befürchten sogar, sie könnten aus dem Geschäft verdrängt werden.

„Heimbetreuung ist nun mal ein knallhartes Geschäft«

Von Klaus Roth. Dieser leitet nicht nur die START GmbH, sondern auch einen Jugendhilfeträger, der Kinderheime und Wohngruppen betreibt. In Halle ist er zudem Geschäftsführer der Jugendwerkstatt »Frohe Zukunft«, die Kindertagesstätten, ein Jugendbegegnungszentrum und ein Straßenkinderprojekt unterhält. Er ist also in der Stadt, die er berät, in der Prävention tätig. In jenem Bereich, der durch sein Pro-aktiv-Konzept gestärkt werden soll. Roth bestreitet jeden Interessenkonflikt. Auch Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados sieht diese Gefahr nicht. Sie vertraut ihrem Berater, »der weiß wenigstens, wovon er redet«. Die Jugendhilfeträger hätten auch Interessen, sagt sie, Heimbetreuung sei nun mal ein »knallhartes Geschäft«. Die Frage ist, wo das Kindeswohl bleibt.

"Der Fall Kevin schärft den Blick"

Tagesthemen vom 24. Oktober 2007
(Beginn 23:00 Uhr, Meldung 21:30-24:50)

Moderatorin (Caren Miosga):

„Im Fall Kevin kann das Gericht im besten Fall jetzt die persönliche Schuld des Stiefvaters klären. Das aber auch die staatliche Hilfe für in Not geratene Kinder unbedingt ausgebaut und verbessert werden muss; dafür hat der Fall Kevin überall in Deutschland den Blick geschärft. Oder fast überall.

In Halle machte das Jugendamt gerade mit einer ominösen Dienstanweisung Schlagzeilen. Darin heißt es, die meisten der mehr als 300 in Halle lebenden Heimkinder sollten zu ihren Eltern zurückgeführt werden. So der Wortlaut der Anweisung. Damit man in der hoch verschuldeten Stadt 2,2 Millionen Euro sparen könne. Eva Altmann hat eine siebenfache Mutter getroffen, die mit dieser Entscheidung kaum klar kommen würde.“

Sprecherin (Eva Altmann):

„Jeden Tag besucht Cornelia Fleischer ihre Kinder im Heim, um normales Familienleben zu üben. Ihren alkoholkranken Mann hat sie verlassen. Allein mit ihren sieben Kindern war sie zu Haus überfordert. Vor einem Jahr stimmte sie zu, dass vier Kinder erstmal in diese Einrichtung kommen. Hier lernt sie, dass Chaos zu beherrschen. Hier klappt das manchmal, zu Hause noch nicht. Das braucht Zeit. Doch jetzt droht allen zurück in die familiäre Anarchie geschickt zu werden. Die Stadt Halle verlangt per Dienstanweisung, die Rückführung aller Kinder und Jugendlichen aus Heimen in ihre Familien. Sämtliche Träger von Kinderheimen in Halle sind entsetzt.“

Steffen Kröner (Arbeiterwohlfahrt Halle)

„Das finde ich fachlich skandalös: diese Form von Erziehungshilfe grundsätzlich und generell auf den Prüfstand zu stellen und zu behaupten, man braucht das nicht mehr.“

Frank Germann (Paritätischer Wohlfahrtsverband Halle):

„Was geschehen wird, ist dass die Gefahren zunehmen, denen Kinder ausgesetzt sind und das eben Eltern mit ihren Situationen, in denen sie mit Erziehung überfordert sind und auch mit dem Schaffen von geeigneten Lebensbedingungen überfordert sind, allein gelassen werden.

Sprecherin (Eva Altmann):

„Klar ist, Kinderheimplätze sind teuer und der Leiter des Jugendamtes Halle muss sparen.“

Lothar Rochau (Jugendamt Halle):

„Für 2008 und 2009 ist eine Vorgabe von jeweils zwei Millionen Euro einzusparen.“

Sprecherin (Eva Altmann):

„Ein Rechenbeispiel der Stadt zeigt, um zwei Millionen Euro einzusparen, müssen 90% Prozent aller Kinder und Jugendlichen die Heime verlassen. Aber Heimplätze, braucht man künftig eh nur noch selten; so das Kalkül, weil die Frühwarnsysteme besser werden sollen.“

Lothar Rochau: „Es geht im Kern darum, dass wir sehr früh in so genannten Quartiersrunden in den Stadtteilen solche Hilfsangebote für Jugendliche, Kinder und Familien machen, die an der Stelle angenommen und mitgestaltet werden können.“

Johannes Herwig-Lempp (Hochschule Merseburg): „Das ist fachlicher Unsinn. Es wäre so ähnlich wie wenn man Krankenhäuser heute abschafft und stattdessen Gymnastikgruppen machen würde. Weil man sagt, das ist Prävention und dann sind alle Menschen gesund. Das funktioniert nicht.“

Sprecherin (Eva Altmann): „Der Hochschulprofessor hat das Konzept der Stadt studiert, hält es für organisatorisch unmöglich und rechtlich bedenklich.“

Johannes Herwig-Lempp: „Es gibt in Deutschland keinen einzigen Fachmann, der dieses Konzept unterstützen würde. Es gibt viele Politiker, die das vielleicht versuchen nachzuahmen. Aber es gibt keinen Fachmann und die Stadt Halle verlässt damit jede sozialpädagogische und wissenschaftlich fundierte Ebene.“

Sprecherin (Eva Altmann): „Cornelia Fleischer hat ihre sieben Kinder nie geschlagen oder hungern lassen, dennoch drohten die Kinder sozial zu verwaisteten. Müssten sie jetzt das Heim verlassen, wären zu Hause wohl wieder alle überfordert.“

Mitschrift von ARD Tagesthemen (24.10.2007): Der Fall Kevin schärft den Blick. (Min 21:30 bis 24:50) URL: http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video224924_ply-internal_res-ms128_vChoice-video224924.html (rev. 27.10.2007, 17.30 Uhr)

Ein kurzes Leben vor Gericht

Heute Prozessauftritt gegen Kevins Ziehvater / Massive Kritik an Jugendhilfe in Halle

Von unserer Redakteurin Elke Gundel

BREMEN-HALLE. Ab heute muss sich Kevins Ziehvater vor Gericht verantworten. Der Vorwurf: Der drogenabhängige 42-Jährige habe den Jungen immer wieder misshandelt - bis er seinen Verletzungen erlag. Kevins Schicksal hat bundesweit für Erschütterung gesorgt und den Blick dafür geschärft, dass sich staatliche Hilfen zur Erziehung am Wohl des Kindes orientieren müssen. Kritiker werfen der Stadt Halle (Saale) vor, sie habe das schon wieder vergessen.

Am 10. Oktober 2006 wies Kevins Ziehvater die Polizisten, die in seiner Wohnung nach dem Jungen fragten, auf seinen Kühlschrank hin. Dort fanden die Beamten die Leiche des Zweijährigen, der zu dem Zeitpunkt schon mehrere Monate tot war. Immer wieder hatte es in Kevins kurzem Leben Hinweise darauf gegeben, dass seine drogensüchtige Mutter und ihr ebenfalls abhängiger Partner nicht fähig waren, ein Kleinkind zu versorgen. Mehrfach war Kevin verletzt, etwa mit Knochenbrüchen, in ärztlicher Behandlung.

Vor allem sein Ziehvater wurde verdächtigt, ihn zu schlagen. Trotzdem blieb das Kind in der Familie. Selbst als die Mutter Ende 2005 starb und das Jugendamt die Vormundschaft übernahm, änderte sich daran nichts. Als sich das Amt dann vor einem Jahr endlich entschlossen hatte, Kevin in Obhut zu nehmen, war es zu spät.

Für den Prozess vor dem Landgericht sind 17 Verhandlungstage angesetzt. Der einzige Zeuge dafür, wie die Verletzungen bei Kevin zustande gekommen sind, ist dessen Ziehvater. Also ist das Gericht auch auf Sachverständige angewiesen, um zu klären, wie die Verletzungen entstanden sind. Wie berichtet, hatten Rechtsmediziner unter anderem 24 zum Teil ältere Knochenbrüche an der Leiche des Jungen entdeckt.

Derzeit sorgt allerdings nicht nur der Fall Kevin für Aufmerksamkeit, sondern auch die Jugendhilfe in Halle (Sachsen-Anhalt). In einer Dienstanweisung vom 3. September heißt es: Ziel sei "die Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30.09.2007." Es geht um 314 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Im Anhang der Dienstanweisung steht: Sind bis Ende September 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen nicht mehr im Heim, spare die hoch verschuldete Stadt bis Ende 2007 knapp 2,2 Millionen Euro.

Die Fachwelt reagierte empört. Roland Merten, Professor für Sozialpädagogik an der Uni Jena, etwa hält die Dienstanweisung für "fachlich nicht zu vertreten und rechtswidrig". Hilfen zur Erziehung müssten laut Gesetz geeignet und notwendig sein. Entscheidend sei, was die Familie, das Kind brauche. Sparvorgaben sehe das Gesetz dabei als Kriterium nicht vor.

Lothar Rochau, Jugendamtsleiter in Halle, fühlt sich missverstanden: Es gehe nicht vorrangig um die Konsolidierung des Etats. Vielmehr solle ein neues Fachkonzept umgesetzt werden. Das lege den Schwerpunkt auf Prävention und ambulante Hilfen. Bislang hätten etwa 25 Kinder das Heim verlassen oder stünden kurz vor diesem Schritt. Bis Ende September, betonte Rochau, sollten lediglich alle 314 Fälle überprüft sein. Und: Der Bereich Jugendhilfe müsse 2007 keinen Cent zur Haushaltskonsolidierung beitragen. "Das ist verschoben worden." Die Dienstanweisung bleibe aber bestehen.

Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Verletzte Seelen und der Haushaltsplan

Die Dienstanweisung vom 3. September 2007 aus dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, alle Heimkinder wieder in ihre Familien zurückzuführen, hat überregionales Aufsehen erregt.

Ausgangspunkt beim Erstellen der Dienstanweisung war die konsequente Umsetzung der "Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung (HHK) 2007/2008".

Im Rahmen der HHK wurde der Grundstein für diese Dienstanweisung gelegt. 4 Millionen Euro sollten/sollen im Bereich der "Hilfe zur Erziehung" eingespart werden. Die damalige Dezernentin Frau Szabados wehrte im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2007 jede Kritik, dass dieses Sparziel in Umfang und Zeitvorgabe nicht erreichbar wäre, ab und ignorierte die Mahnungen.

In der letzten Stadtratssitzung hat OB Szabados dieses Problem unter TOP-Mitteilungen (Nachfragen durch Stadträte sind hier nicht mehr möglich) verteidigt und angekündigt, das Fachkonzept, das ohne Zustimmung der freien Träger verabschiedet wurde, durchzusetzen. Das bedeutet die stationären Hilfen auf 10 Prozent zurückzufahren.

Gleichzeitig wies sie aber auch darauf hin, dass es sich hier um Pflichtaufgaben handele. Ein Widerspruch also schon in sich, denn an dieser Stelle kann sich weder der Stadtrat noch die Stadtverwaltung aus der Pflicht nehmen lassen, sondern wir stehen hier in der Verantwortung, das "Kindeswohl zu schützen" und den Facheinrichtungen und Mitarbeitern die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Stadtverwaltung hat in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Tischvorlage vorgelegt, die offensichtlich zeigt, dass allen Mahnungen zum Trotz, die Planzahlen für das Haushaltsjahr 2007 und 2008 nicht eingehalten werden können.

Das heißt, es ist bereits jetzt klar, dass 2 Millionen Euro zusätzlich aufgebracht werden müssen. Anderen Aussagen zufolge könnte sich diese Zahl noch verdoppeln. Diese Entwicklung haben wir als Fraktion schon in der Haushaltseinbringung angefragt und nach der realen Umsetzung des jetzigen Fachkonzeptes gefragt. Gleichzeitig haben wir das Fachkonzept in Frage gestellt und angemahnt es entweder den Realitäten anzupassen oder es zu beenden.

Denn das zukünftig geplante Verhältnis von 10% stationärer Hilfen gegenüber 90% ambulanter Hilfen für 2008 - aktuell sind es 60% stationär / 40% ambulant - lässt Zweifel an der Realisierbarkeit aufkommen.

Wir als Fraktion lehnen ein Sparen um jeden Preis in diesem Bereich ab, weil uns das Kindeswohl am Herzen liegt. Dass Kinder in ihren Familien besser aufgehoben sind, ist uns bewusst. Aber es gibt auch Kinder, deren Entwicklung, Unversehrtheit und Wohl mehr als nur gefährdet sind. Da ist das Kinderheim letzte Hilfe, die den Kindern in Not zugute kommt.

Kontakt: Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Fraktionsvorsitzender: Prof. Dieter Schuh

Geschäftsstelle: Sabine Wolff, V. i. S. d. P. Geschäftsführung

Postanschrift: Hansering 15 06108 Halle (Saale)

E-Mail: neuesforumunabhaengige@halle.de Telefon: +49.345.221-3058

Sprechzeiten: Mo.-Do. 14 - 16 Uhr

„Halles Heimkinder“

ZDF Blickpunkt vom 21.Oktober 2007

(12.47 Uhr, 2. Beitrag)

Moderator (Martin Raue):

„In Bremen versucht seit einigen Monaten ein Untersuchungsausschuss zu klären, wie es geschehen konnte, dass ein kleiner Junge nach langjähriger Misshandlung und Vernachlässigung zu Tode kam. Warum es Stadt und Jugendamt nicht geschafft haben, den kleinen Kevin aus schrecklichen Familienverhältnissen herauszuholen. Fälle, wie diese machen es Experten und Sozialarbeiter noch schwerer, die Pläne der Stadt Halle in Sachsen-Anhalt zu begreifen. Das Jugendamt der Stadt beabsichtigt, möglichst viele Kinder und Jugendliche aus den Heimen in die Familien zurückzuführen, wie es im Amtsdeutsch heißt. 314 Heimkinder gibt es in der Stadt. In vielen Fällen ist den Eltern aus gutem Grund das Sorgerecht entzogen worden. Dennoch sollen die Kinder nun zurück zu den Eltern. Berit Suhr ist dem nachgegangen.“

Sprecherin (Berit Suhr):

„Der elfjährige Dennis war einkaufen. Heute darf er bestimmen, was bei seiner Heimfamilie im Kinderheim Regenbogenland auf den Tisch kommt. Rund 70 Kinder und Jugendliche leben hier getrennt von ihren Eltern in Wohngruppen. Vielleicht aber nicht mehr lange. Die Stadt Halle will sparen, will Heimkinder wieder zurück zu ihren Eltern schicken. Die Erzieher haben Angst um ihre Schützlinge.“

Anke Bornhake (Heimleiterin):

„Wir können ja, ich sag mal, zum Teil nicht mehr schlafen. Einfach weil wir wissen, dass die Kinder nicht zu uns kommen, weil sie kein Obst bekommen und den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzen, sondern weil es eben auch wirklich massive Probleme in der Familie gibt; wir ganz viele Vernachlässigungsfälle haben, Missbrauchsfälle, zum Teil auch körperliche Misshandlung. Wo wir sagen, das ist unverantwortbar, das so zu machen.“

Sprecherin (Berit Suhr):

„Halle sei so gut wie pleite, klagt die Stadt. Rund 76 Millionen Euro im Jahr werden bisher für die Jugendhilfe ausgegeben. 20 Millionen Euro allein für Heimplätze. Im Vergleich mit ähnlich großen Städten, sei das zu viel, sagt das Jugendamt. Deshalb möchte die Behörde sparen. Eine externe Beraterfirma habe ein Konzept entwickelt. Statt die Kinder im Heim unterzubringen, soll die Stadt künftig mehr für Prävention ausgeben. Das sei billiger. So sollen künftig mehrere Millionen Euro eingespart werden.“

Lothar Rochau (Jugendamt Halle):

„Wir können uns nicht mehr damit begnügen, dass wenn ein Kind anderthalb oder drei Jahre in einem Heim nehmen. Dort Monat für Monat, im Durchschnitt 3000 bis 3500 Euro investieren, um dann nach anderthalb oder zwei Jahren das Kind in ein kaum verändertes Elternhaus zurückzugeben.“

Sprecherin (Berit Suhr):

„Viele Sozialarbeiter in Halle protestieren. Schon immer würden sie auch mit den Eltern zusammenarbeiten, damit ein Heimkind in ein besseres zu Hause zurückkehren kann. Sie lehnen das neue Konzept ab.“

Claudia Rosa (Sozialarbeiterin):

„Natürlich ist es so, dass wir den Auftrag haben, auch mit den Familien zu arbeiten, mit den Eltern zu arbeiten. Dass man die Eltern auch wirklich anleitet: Wie zeige ich meinem Kind Regeln und Normen, wie setze ich sie auch konsequent um.“

Sprecherin (Berit Suhr):

„Mit einer Dienstanweisung schafft das Jugendamt jetzt Tatsachen. Rund 300 Heimkinder sollen in ihre Familien zurückkehren. Die freien Träger der Jugendhilfe lehnen das Sparkonzept der Stadt Halle ab.“

Helga Schubert (DRK Halle-Saalkreis):

„Ich war auch vollkommen schockiert als ich diese Dienstanweisung gesehen habe und hätte bis zu dem Sehen der Anweisung nicht geglaubt, dass es so was gibt. Dann sind ja viele Kinder, die so schwere Geschichten hinter sich haben, die können nicht in die Familien zurück. Das wäre eine Gefährdung für die Kinder und das wäre unverantwortbar.“

Sprecherin (Berit Suhr):

„Das Konzept der Stadt Halle wird auch bundesweit von Experten für Sozialarbeit kritisiert. Ihr Vorwurf: Die Erfahrungen der örtlichen Sozialarbeiter werden nicht ausreichend berücksichtigt.“

Johannes Herwig-Lempp (Hochschule Merseburg):

„Wir werden es aber nicht vermeiden können, dass alle Kinder nach Hause können. Wir werden immer einen gewissen Prozentsatz von Kindern haben und wir können auch experimentieren mit neuen Formen. Das Tragische in Halle ist, dass es hier nur um Geld geht.“

Sprecherin (Berit Suhr):

„Der Streit ist noch nicht zu Ende. Viele Sozialarbeiter warnen und halten es nach wie vor nicht für richtig, die Heimkinder wieder zurück in ihre Familien zu schicken. Im Zweifelsfall wollen sie für den Schutz jedes einzelnen Kindes vor das Sozialgericht ziehen und einen Heimplatz erstreiten.“

ZDF Blickpunkt (21.10.2007): Halles Heimkinder. URL:

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/342626?inPopup=true> (rev. 26.10.2007, 20.00 Uhr)

Keine Einschnitte bei Kinderheimen?

Geplante finanzielle Kürzungen zurückgenommen - Szabados hält an Familienkonzept fest

Halle/MZ/gg. Der Streit über geplante Einschnitte bei der Heimerziehung von Kindern in Halle hat sich im Stadtrat entspannt. Die Stadtverwaltung habe die für 2007 und 2008 vorgesehenen Kürzungen von insgesamt vier Millionen Euro bei den Erziehungshilfen - darunter fällt auch die Finanzierung von Kinderheimen - wieder zurückgenommen, sagte CDU-Stadtrat Thomas Godenrath auf Anfrage der MZ.

Eine entsprechende Vorlage sei im Jugendhilfeausschuss bereits vorgestellt worden. Damit sei der Druck aus der Debatte etwas heraus. Stadträtin Ute Haupt (Linke) meinte, dass die Stadt stärker auf die Hilfe für Kinder durch Schulen, Kitas und Familien setzen sollte. Aber diese Umstrukturierung dauere länger als angenommen.

Nach einer Dienstanweisung von Jugendamtsleiter Lothar Rochau will die Stadt alle Heimkinder überprüfen und in ihre Familien zu- Halles Oberbürgermeisterin Eine entsprechende Vorlage sei im rückschicken. Daran hatten zum Beispiel die freien Träger der Jugendhilfe Kritik geübt (die MZ berichtete).

Das Fachkonzept solle in Verbindung mit den Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung konsequent umgesetzt werden, heißt es in der Anweisung. Es sind auch Beispielrechnungen für zu erbringende Einsparungen durch die Mitarbeiter beigefügt.

Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) stellte klar, dass die Stadt an ihrem Konzept, im Interesse der Kinder das Familiensystem zu stärken, festhalten werde. Daran werde ja auch schon seit mehreren Jahren gearbeitet. Denn die Familie sei gegenüber dem Heim der bessere Ort. Dabei müssten natürlich die jeweiligen Verhältnisse genau geprüft werden. Dies sei auch getan worden. Die Umstrukturierung werde nicht in Frage gestellt. Man müsse aber akzeptieren, dass dafür möglicherweise mehr Zeit benötigt werde, so die OB.

Kommentar Seite 10

Mitteldeutsche Zeitung

Montag, 15. Oktober 2007 - Seite 10

Streit über Heimerziehung

Nicht sensibel genug

Von GERHARD GUNKEL

Natürlich sind Familie, Schulen, Kitas und Beratungsstellen der bessere Ort für die Kindererziehung als Heime. Deshalb ist es völlig richtig, dass die Stadt Halle seit Jahren Konzepte entwickelt, um die ambulanten Hilfen auszubauen. Da gehört sie bundesweit zu den Vorreitern.

Es ist auch verständlich, dass die Stadtverwaltung Ergebnisse bei der geplanten Umstrukturierung sehen will. Die Problemlösung durch Sparvorgaben beschleunigen zu wollen, ist aber höchst unsensibel, ja sogar kontraproduktiv. Damit hat sich die Stadtverwaltung selbst Widerstand gegen ihr Konzept organisiert. Die Frage, wie viele hallesche Kinder in Heimen erzogen werden müssen, darf kein Sparkommissar beantworten, der die riesigen Löcher im Stadtsäckel stopfen muss. Und so kommt es auch nicht überraschend, dass die Sparziele bei der Heimerziehung zumindest für 2007 und 2008 offenbar über den Haufen geworfen werden müssen. Nun muss die Stadt sehen, dass sie die Wogen der Empörung glättet.

@gerhard.gunkel@mz-web.de

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Süddeutsche Zeitung, 09.10.2007

Zurück ins Elend

Aus Kostengründen sollen Heimkinder wieder nach Hause

Frühsommer 2007. In einer vermüllten Wohnung in Halle lebt ein Paar mit zwei Kindern. Die Tochter, gut zwei Jahre alt, kann weder laufen noch sprechen; der achtjährige Sohn hat noch nicht gelernt, mit Messer und Gabel zu essen. Die Mitarbeiter des Jugendamtes stellen fest, dass der Vater Alkoholiker ist; die Mutter scheint mit der Erziehung überfordert zu sein. Die Kinder kommen in eine kleine Wohngruppe, deren Sozialarbeiter mehrmals wöchentlich auch mit den Eltern arbeiten. Noch ein halbes Jahr sollten die Kinder in dem Heim bleiben, finden die Pädagogen.

Doch das Jugendamt der Stadt Halle hat nun in einer Dienstanweisung festgelegt, dass möglichst viele der 314 Heimkinder in ihre Familien zurückgeschickt werden. Amtschef Lothar Rochau verlangte im September „die Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung“. In einer Tabelle rechnete er seinen Mitarbeitern die Auswirkungen vor: Würden neunzig Prozent der Kinder in ihre Familien zurückgeschickt, könnte die Stadt in zweieinhalb Monaten 2,2 Millionen Euro sparen. Wie ernst es dem Chef war, sahen die Mitarbeiter am Zeitplan: Für die „Rückführung“ war eine Frist von vier Wochen vorgesehen.

Renommierte Familienrechtler halten den Erlass für skandalös. „Eine völlig absurde Anweisung“, urteilt Ludwig Salgo, Professor an der Universität Frankfurt am Main. „Bei einem Teil der Kinder hat schließlich ein Richter den Eltern das Sorgerecht entzogen - das darf ein Jugendamt nicht missachten.“ Auch Gerhard Fieseler, Professor an der Uni Kassel und Kommentator des Kinder- und Jugendhilferechts, hält die Vorschrift für unverantwortlich: „Hier soll vor allem gespart werden, und so wie das formuliert ist, kann keine Fachkraft mehr in Ruhe prüfen, was das Beste für das Kind ist.“

Nachdem Lokalzeitungen über den Erlass berichtet haben, gibt sich der Chef des Jugendamtes zurückhaltend. Die Anweisung gelte „unter der Prämisse der Sicherung des Kindeswohls“; außerdem biete die Stadt Hilfe bei der „Rückführung“: „Wir haben eine Unmenge von ambulanten Systemen, darunter gute Angebote zur Familienbildung und eine hervorragend ausgebaute Kinderbetreuung“, sagte Amtschef Rochau der Süddeutschen Zeitung. Vierzig bis fünfzig Kinder könnten bald in die Familien zurück; bei weiteren vierzig werde geprüft.

Die Szene der deutschen Sozialarbeiter blickt gespannt auf die Vorgänge in Halle. Denn die Kinder- und Jugendhilfe steckt im Dilemma: Einerseits verlangt die Öffentlichkeit nach Fällen wie dem Tod des zweijährigen Kevin schnelle Entscheidungen der Ämter, um gefährdete Kinder zu schützen. Andererseits wollen die Finanzpolitiker der Kommunen sparen. Denn die Ausgaben für die „Hilfe zur Erziehung“ sind laut Statistischem Bundesamt in den vergangenen zehn Jahren um fast fünfzig Prozent gestiegen. „Im schlimmsten Fall ist das, was in Halle geschieht, eine Art Pilotprojekt“, sagt Johannes Herwig-Lempp, Professor für Sozialarbeit an der Hochschule Merseburg.

Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) steht hinter ihrem Jugendamts-Chef. Es sei „menschlicher“, wenn Kinder in ihren Familien aufwachsen, sagte sie dem MDR. Szabados kann sicher sein, dass ihre Sätze aufmerksam registriert werden: Sie gehört zu den Autoren des „Kinder- und Jugendberichts“ der Bundesregierung; was sie sagt, ist bedeutender als das Statement eines sparwütigen Lokalpolitikers. Felix Berth

Mitteldeutsche Zeitung

Dienstag, 2. Oktober 2007 - Seite 9

Familie statt Heimerziehung

Stadt will auf ambulante Hilfe setzen - Kritiker warnen vor Hauruck-Aktion

Trotz Kritik - zum Beispiel von den freien Trägern der Jugendhilfe - hält die Stadt an ihrer Absicht fest, alle Heimkinder zu überprüfen und in ihre Familien zurück zu schicken. Das ist in einer Dienstanweisung von Jugendamtsleiter Lothar Rochau so festgelegt worden.

Von unserem Redakteur BIRGER ZENTNER

Halle/MZ. "Wir wollen diese Absicht aber nicht auf Biegen und Brechen umsetzen", sagt Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) gegenüber der MZ. Sie verweist dabei auf einen Nebensatz in der Dienstanweisung. Die Rückführung solle unter "der Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls" erfolgen. Laut Szabados sei die Familie gegenüber dem Heim der bessere Ort für Kinder, natürlich unter gründlicher Prüfung der jeweiligen Verhältnisse (die MZ berichtete).

Wenn zum Schluss die Prüfung ergebe, dass eben nicht alle 314 Kinder und Jugendlichen aus dem Heimen in die Familien zurück könnten, dann sei das auch in Ordnung, so die OB. Allerdings kommt man beim Lesen der Dienstanweisung eher zu dem Schluss, es gehe vor allem um Sparmaßnahmen. "Ausgangspunkt ... ist die konsequente Umsetzung des Fachkonzepts in Verbindung mit den Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung", heißt es im ersten Satz.

Und in einer Anlage zur Dienstanweisung folgt sofort die Beispielrechnung: "Geht man davon aus, dass 90 Prozent per 30. 9. 2007 in ihre Familien zurückkehren können, ergibt sich ein Einsparvolumen für die verbleibenden ... 2,5 Monate (des Jahres - d. Red) von ... 2185500 Euro".

Teams in den Ressorts des Jugendamtes sollen die Prüfungen durchführen, finden sie keinen Lösung, ist das "Kompetenzteam~" des Fachbereiches einzubeziehen. Szabados räumt ein, dass mit der Dienstanweisung ein hoher Druck auf die Mitarbeiter aufgebaut wird und nennt die angefügten Rechnungen unglücklich. "Die gehören nicht in eine solche Dienstanweisung", kritisiert sie, weil es eben nicht an erster Stelle ums Geld gehe. Daher schließe sie auch aus, dass Kinder in problematische, oder sie gefährdende Verhältnisse zurück geschickt werden.

Aber eben das befürchten Kritiker dieser Aktion. Vor allem wegen des hohen Tempos. Die Dienstanweisung stammt vom 3. September 2007, die Überprüfung und Rückführung sollte bis 30. September 2007 erfolgen.

Vor einem Hauruck-Verfahren warnt auch CDU-Fraktionschef Bernhard Bönisch. Die CDU-Mitglieder im Jugendhilfeausschuss forderten seit Jahren eine Umorientierung von stationären zu ambulanten Hilfen, "aber nicht im Hauruck-Verfahren", heißt es. Das sei es auch nicht, sagt Szabados. "Wir haben seit Jahren die Systeme der ambulanten Hilfe ausgebaut, um die Heimerziehung zu ersetzen, aber es bewegt sich nichts."

In diesem Sinne sei auch der Druck auf die eigenen Mitarbeiter zu verstehen. "Es soll endlich gründlich und konkret geprüft werden, welche Kinder und Jugendlichen in die Familien zurück können." Natürlich gehe es unter dem Strich auch um Geld. Die Hilfen für die Heimkinder und für weitere rund 700 Kinder, die schon im ambulanten Betreuungssystem seien, belaufen sich jährlich auf 20 Millionen Euro.

Bis zum Freitag sind allerdings noch keine Kinder zurückgeschickt worden. Ohnehin könne das nicht für jene gelten, für die Gerichte Sorgerechtsentscheidungen getroffen haben, sagte Jugendamtsleiter Rochau. "Zurzeit laufen etwa 30 Prüfverfahren, die noch nicht abgeschlossen sind."

Sparen auf Kosten von Heimkindern

Offiziell plant die Stadt Halle ein neues Präventionskonzept in der Jugendhilfe. Am liebsten aber würde die Kommune alle Kinder, die bisher in Heimen leben, so schnell wie möglich in ihre Problemfamilien zurückschicken. Nun regt sich Widerstand

VON MICHAEL BARTSCH

In Halle droht bis zum Monatsende eine Zwangsrückführung aller in Heimen untergebrachten Kinder und Jugendlichen in ihre Problemfamilien. Eine interne Dienstanweisung des zuständigen Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Stadt vom 3. September verlangt eine sofortige Überprüfung aller 314 Fälle, in denen Hilfen zur Erziehung nicht anders als durch Heimerziehung erbracht werden können - mit dem Ziel einer Beendigung dieses Aufenthalts.

Nach offizieller Lesart von Fachbereichsleiter Lothar Rochau soll damit ein Konzept durchgesetzt werden, das Heimaufenthalte durch präventives Sozialmanagement überflüssig macht. Tatsächlicher Anlass aber ist eine Deckungslücke im Jugendhilfeetat der Stadt in Sachsen-Anhalt von knapp 1,7 Millionen Euro, die geschlossen werden soll. Die Dienstanweisung weist ausdrücklich auf die "Verbindung mit der Haushaltkonsolidierung" hin. Die Stadt will so bis Jahresende knapp 2,2 Millionen sparen, wobei pro Heimplatz monatliche Kosten von 3.100 Euro angesetzt werden.

Um mittelfristig vier Millionen zu sparen, erarbeiteten zwei Gutachter im Auftrag der Stadt bereits ein sogenanntes "Pro-Aktiv"-Konzept. Das Jugendamt formulierte ohne Beteiligung der überwiegend freien Träger der Jugendhilfe daraus ein Fachkonzept. Durch 50 "Quartiersrunden" mit Sozialpädagogen und Vertretern öffentlicher und sozialer Einrichtungen sollen Milieus aufgewertet und Problemfälle früh erkannt werden.

Dagegen haben Fachleute wie Johannes Herwig-Lempp von der Hochschule Merseburg prinzipiell nichts. Ein solch präventives Konzept, wenn es denn als Modellversuch erfolgreich sein sollte, könne aber erst in drei bis vier Jahren greifen. Wenn man jetzt überstürzt und aus durchsichtigen Gründen Heimkinder nach Hause schicke, sei das so, "als ob Krankenhäuser zugunsten von Gymnastikgruppen aufgelöst würden", so Herwig-Lempp.

Widerstand regt sich auch bei den freien Trägern der Jugendhilfe, die etwa 250 dieser Heimplätze stellen. In einer Stellungnahme ihres Arbeitskreises sehen sie in diesem "deutschlandweit einmaligen Vorgang" eine Diskreditierung ihrer bisherigen Arbeit. Jede einzelne Entscheidung für ambulante oder stationäre Betreuung sei sorgfältig in Abstimmung mit den Betroffenen sowie dem Jugend-Fachbereich der Stadt getroffen worden. "Eine Rückkehr aller Kinder und Jugendlichen in ihre Familien innerhalb weniger Wochen anzuweisen ist fachlich gesehen grober Unfug, sozial- und strafrechtlich fahrlässig und menschlich ignorant", heißt es im Schreiben des Arbeitskreises. Unterzeichner Steffen Kröner von der Arbeiterwohlfahrt sieht Rechtsansprüche der Betroffenen aus dem Sozialgesetzbuch VIII verletzt. Weil es sich um eine Pflichtleistung der Kommune handele, dürfe sie auch nicht durch ein Budget begrenzt werden.

Sein Kollege Frank Germann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband weist darauf hin, dass es in 70 Prozent der Fälle ohnehin gelinge, die Kinder und Jugendlichen nach 13 bis 15 Monaten Heimbetreuung wieder in ihre Familien zu integrieren. Dem "Pro-Aktiv"-Quartierskonzept liege der Irrtum zugrunde, dass eine Milieuverbesserung automatisch intakte Familienverhältnisse zur Folge habe.

Fachbereichsleiter Rochau wandte sich auf taz-Nachfrage gegen eine Dramatisierung. Es gehe vorerst nur um eine Überprüfung und neue Kategorisierung der Fälle. Ziel sei es allerdings, von der "Versäulung" des Sozialgesetzbuches mit der Ultima Ratio einer Heimunterbringung wegzukommen und vernetzte lokale Präventionsstrukturen aufzubauen. "Die Jugendhilfe muss auf den fachlichen Prüfstand, sonst ufert sie aus", sagte Rochau. Das Kindeswohl stehe weiterhin im Vordergrund. Nach Beobachtung der Freien Träger hat ihr Widerstand die Absichten der Stadtverwaltung

gebremst, sodass bis Mittwoch noch keine Heimkinder entlassen wurden.

taz Nr. 8389 vom 27.9.2007, Seite 7, 131 TAZ-Bericht MICHAEL BARTSCH

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)

MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt

Szabados will nicht alle Heimkinder heimschicken

21. September 2007; 20:13 Uhr

Frau Szabados: „Wir sind hingegangen und haben gesagt, wenn ein Kind in einem Heim ist, überprüfen wir nicht einfach mehr: Ist das Heim gut und richtig? Sondern wir sagen, es wird geprüft: Warum kann es nicht in die Familie zurück? Das Kindeswohl steht im Mittelpunkt. Das heißt, es muss gesagt werden: Wo ist das Kind am Besten aufgehoben: in der Familie oder im Heim bzw. was muss der Familie für Unterstützung gegeben werden? Wir haben etwa 1000 Kinder in so genannten „Hilfen zur Erziehung“, davon etwas über 300 in Heimen. Ein Heimplatz kostet so im Schnitt 35000 Euro im Jahr. Wenn wir dieses System durchsetzen, dann ist es nicht nur entschieden menschlicher, nämlich die Familien zu stärken und die Kinder in Familien aufwachsen zu lassen, sondern es wird auch noch eine gewisse Haushaltsentlastung bringen. Aber von den 20 Millionen haben wir nach mehreren Jahren Vorbereitung, wo wir diese Systeme installiert haben, haben wir gesagt, es gibt eine Möglichkeit, also wenn wir das so machen können, ja etwa zwei Millionen Euro von diesen 20 Millionen Euro könnte das dann weniger an Kosten bringen. Die Stadt Halle zählt zu den Städten in ganz Deutschland, wenn man das auf die Bevölkerung bezieht, die die höchsten Kosten an den Hilfen zur Erziehung hat. Das ist genau der Punkt.“

Moderatorin: „Nun hat es aber ja damals Gründe gegeben, dafür, dass die Kinder aus den Familien herausgenommen wurden sind und in ein Heim gekommen sind.“

Szabados: „Also, es darf nicht heißen: Einmal Heim, immer Heim. Waisen, in dem Sinne, dass keine Eltern da sind, das sind die allerwenigsten. Es gibt viele Sozialwaisen und es gibt viele Familien, wo wirklich, die wirklich kaputt sind. Die gibt es. Ich bin der Meinung, es kann doch nicht sein,

dass man die Kinder aus den Familien herauszieht, aber sich um die Familien nicht kümmert.“

Moderatorin: „Das heißt, wie wollen sie das jetzt anstellen? Wollen sie jetzt in die Familien gehen und überprüfen, ob die Eltern wieder in der Lage sind, das Kind aufzunehmen? Wie soll das funktionieren?“

Szabados: „Ja ja, sowieso. Da sind wir ohnehin verpflichtet dazu.“

Moderatorin: „Das heißt, Geld sparen, können sie mit dieser Geschichte, also das sie sozusagen, die Familien erstmal überprüfen, Geld sparen funktioniert ja so auch nicht, oder?“

Szabados: „Wenn man Hilfen anbietet, wie zum Beispiel Kindergärten nutzt. Wenn ein Kind aus so einer Familie, wo es ein bisschen problematisch ist, in den Kindergarten geht. Wenn man so eine Vereinbarung hinkriegt, das am Nachmittag, meinetwegen die Mutter oder den Vater für zwei drei Stunden mit im Kindergarten ist. Dort sieht, wie gehen andere Eltern mit ihren Kindern um. Die Erzieherinnen können auch ein Stückchen weit auf, manchmal auch sehr junge Mütter und Väter einwirken. Da denke ich mir, da kann man viel viel mehr erreichen und das ist mit wesentlich weniger Kosten verbunden.“

Moderatorin: „In letzter Zeit hat es in Deutschland immer wieder Fälle gegeben, in den Kinder in Gefahr geraten sind, weil sie eben vom zuständigen Jugendamt wieder zu den Eltern zurückgebracht worden sind. Besonders dramatisch ist der Fall von dem zweijährigen Kevin in Bremen gewesen, an den wir uns erinnern. Der ist nämlich tot bei seinem drogensüchtigen Vater gefunden worden. Denken sie darüber auch nach oder spielt das eine Rolle?“

Szabados: „Na aber natürlich. Diese Abschätzung zu machen, das ist aber die Arbeit von professionellen Mitarbeitern. Da können einem auch mal Fehltritte unterlaufen. Das möchte ich nicht in Abrede stellen. Aber

das ist natürlich die Aufgabe, das heißt ja Kindeswohl. Ich muss professionell mit meiner ganzen Sach- und Fachkenntnis, muss ich die Situation beurteilen. Es gibt da auch Hilfestellungen, Helferkonferenzen, wo sich mehrere treffen. Mehrere die Situation beurteilen, die Träger, die mit den Familien und mit den Kindern arbeiten, sollen da auch mit einbezogen werden. Und dann muss man einen Hilfeplan aufstellen, nach besten fachlichen Wissen und Gewissen.“

Quelle: <http://www.mdr.de/mdr1-radio-sachsen-anhalt/4856351.html> (rev. 16.10.2007)

Halle will 314 Kinder aus Heimen holen

Stadt würde dadurch jedes Jahr Millionen sparen

Von U. FREITAG

Halle – Dieses Papier ist der Beweis: Halle will alle (!) gefährdeten Kinder und Jugendliche aus den Heimen holen und zurück zu den Eltern schicken.

Wörtlich heißt es in der Dienstanweisung Nummer 93 aus dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie vom 3. September: „Das Ziel ... ist die Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30.09.2007...“

In einer Anlage wird vorgerechnet, wie viel die Stadt dadurch spart: „Derzeit werden 314 Kinder und Jugendliche stationär in Einrichtungen betreut. Geht man davon aus, dass davon 90 Prozent per 30.09.2007 in ihre Familien zurückkehren können, ergibt sich ein Einsparvolumen ... von 2 185 500 Euro.“ Noch in diesem Jahr!

BILD konfrontierte Oberbürgermeisterin Szabados (59, SPD) mit diesem bis gestern geheimen Papier.

„Ja, wir denken schon lange darüber nach, in diesem Bereich umzusteuern“, sagte die Rathauschefin. „Statt die Kinder in Heime zu stecken, wollen wir Eltern in die Lage versetzen, ihre Verantwortung besser wahrzunehmen.“

Die Oberbürgermeisterin bestreitet vehement, dass es Druck auf Mitarbeiter gibt, möglichst viele Kinder ganz schnelle zurück in ihre Familien zu schicken. Immerhin kostet ein Heimplatz 40 000 Euro/Jahr.

„In der Anweisung steht deutlich, dass die Sicherung des Kindeswohls an erster Stelle steht. Ich denke, jeder in dem Bereich weiß, was das bedeutet“, sagt die OB.

Auf Kosten der Kinder gespart?

Freie Träger schlagen Alarm: Mädchen und Jungen aus Heimen sollen vorzeitig nach Hause geschickt werden

Von unserer Redakteurin HEIDI JÜRGENS

Halle/MZ. Freie Träger der Wohlfahrtspflege schlagen Alarm: Sie sehen das Wohl von Kindern gefährdet, die derzeit in Heimen leben. Dort wurden vom Jugendamt untergebracht, weil in ihren Familien so große Probleme bestehen, dass die Heim-Betreuung als letzter Ausweg erschien. Nun fürchten die Träger dieser Häuser, dass Jungen und Mädchen vorzeitig wieder in die Familien kommen sollen. Die Stadt, die die Unterbringung finanziert, will Kosten sparen.

Hintergrund ist ein Beschluss des Jugendhilfeausschusses des Stadtrats vom Oktober vergangenen Jahres. Demnach sollte mehr Augenmerk auf vorbeugende Maßnahmen und konkrete Hilfsangebote für Problemfamilien gelegt werden, damit die Unterbringung im Heim gar nicht erst nötig wird. Denn ein Heimplatz kostet monatlich immerhin zwischen 3 000 und 3500 Euro.

Im Zuge des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt war vorgesehen, das Geld für "Hilfen zur Erziehung" von 18,5 Millionen im Jahr 2006 auf 16,5 Millionen 2007 und 14,5 Millionen 2008 zu kürzen. "Nun sieht man, dass das Ziel nicht erreicht werden kann. Es geht das Gerücht um, dass bis zum Jahresende 90 Prozent der etwa 350 Kinder vorzeitig nach Hause geschickt werden sollen", sagt Steffen Kröner, Vorsitzender des Arbeitskreises Freie Träger.

Zur jüngsten Tagung des Jugendhilfeausschusses hatten Vertreter des Arbeitskreises auf die Frage, ob diese Zahl stimmt, weder ein Ja noch ein Nein zur Antwort bekommen. "Die Zahl ist utopisch", ist sich Steffen Kröner mit den Mitgliedern des Arbeitskreises einig. Seitens des Jugendamtes selbst sei schließlich bisher genau geprüft worden, für welche Kinder es aus Schutzgründen keine andere Möglichkeit als die Unterbringung im Heim gebe. Sie nun zurück zu schicken, sei grob fahrlässig. "Das Jugendamt hat einen Schutzauftrag und muss Gefahren von Kindern abwenden", sagt er und: "Wir sind in allergrößter Sorge."

"Es geht keineswegs darum, Kinder wieder in Familien zurückzuschicken, in denen das Kindeswohl nicht gesichert ist", kontert Lothar Rochau, Leiter des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie der Stadtverwaltung. Vielmehr müsste jeder Fall nochmals geprüft werden. Vorhandene Angebote für Eltern und Kinder solle man besser nutzen als bisher, um den Heimaufenthalt überflüssig zu machen. "Dabei müssen Stadt und Freie Träger an einem Strang ziehen", so Rochau. Problemfamilien müssten beraten und unterstützt werden, pädagogisch, eventuell auch materiell.

Natürlich sei es wichtig, den Eltern noch mehr beizustehen, die mit der Erziehung überfordert sind, heißt es beim Arbeitskreis Freie Träger. Doch Ergebnisse seien dabei nicht von heute auf morgen zu erwarten, darauf habe man schon im Vorjahr verwiesen und das Sparziel als illusorisch benannt. Denn leider gebe es eben auch Familien, die nicht in der Lage seien, Hilfsangebote anzunehmen und Forderungen umzusetzen.

Mitteldeutsche Zeitung

Dienstag, 11. September 2007 - Seite 10

Kommentar

Sparziele bei Heimunterbringung

Warnungen nicht gehört

Von HEIDI JÜRGENS

Keine Frage: Vorbeugen ist immer gut. Sich stärker als bisher um Problemfamilien zu kümmern, damit diese mit der Erziehung wenigstens soweit klar kommen, dass Kindern zu Hause weder Verwahrlosung noch Gefahr drohen, kann auch nicht falsch sein. Wenn einem Kind ein Heimaufenthalt erspart werden kann, dann ist das sicher gut.

Bedenklich ist es aber, dass Stadtverwaltung und Jugendhilfeausschuss im Vorjahr gemeint haben, binnen weniger Monate Heimkosten in beträchtlicher Höhe einsparen zu können und alle Warnungen in den Wind geschlagen wurden. Schon damals hat ja das Jugendamt sehr genau geprüft, für welches Kind eine Unterbringung in einem Kinderheim wirklich der letzte Ausweg ist.

Allenthalben wird darauf verwiesen, mehr als bisher darauf zu achten, dass Mädchen und Jungen zu Hause keinen Schaden nehmen. Es wäre fatal, wenn nun Kinder in Verhältnisse zurück geschickt würden, die ihrer Sicherheit und ihrer Entwicklung abträglich sind. Im Stadtrat sollte man sich fragen, ob die Sparziele bei Heimunterbringung nicht doch zu hoch angesetzt wurden.

@heidi.juergens@mz-web.de

Einsparen ohne Zukunft oder: Setzt Politik auf Fachlichkeit?

Ist Sozialraumorientierung das neue Wundermittel der sozialen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Bereichen der Verwaltung?

Offensichtlich verzückt uns Politikerinnen und Politikern das Wundermittel der Sozialraumorientierung. Warum?

Ursprünglich verstand man in der Politik unter diesen Begriff "eine Weiterentwicklung der sozialen Arbeit auf den verschiedenen Ebenen, doch in der Entwicklung dient sie auf allen Verwaltungsebenen nur noch zur Einsparung im öffentlichen Raum".

Dies entspricht leider der Realität in unserer Stadt.

Um das Ziel der Haushaltskonsolidierung (HHK) zu erreichen, werden zunächst immense Summen ca. 500 000 Euro in Fachkonzepte und deren beginnende Umsetzung gepumpt. Die eigentlichen Hürden aber, wie Vereinbarkeit mit dem KJHG, mit den derzeitigen Finanzierungsmodellen, dem Wunsch- und Wahlrecht der Hilfesuchenden und dem Gemeinschaftsdenken bleiben, bei der einseitigen Sicht, auf der Strecke.

So werden etwa vier Millionen Euro allein aus dem Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) für die HHK vorgesehen, ohne dass die Politik darüber nachdenken kann, welche Konzepte hier verfolgt werden und wie sich solch eine Maßnahme auf die zukünftige Gestaltung des einzelnen Sozialraumes auswirkt.

Bisher wissen wir nur, dass außer den Trägern der Liga der freien Wohlfahrtsverbände auch Vereine aus Sport, Kultur und Wirtschaft in die Arbeit der einzelnen Sozialräume einbezogen werden sollen. Aber wie genau die Zusammenarbeit unter ihnen organisiert sein wird, ist völlig offen. Nimmt man Sozialraumorientierung ernst, dann steht der öffentliche Träger umso mehr in der Pflicht mit den freien Trägern zu kooperieren.

Die erst kürzlich geführten Auseinandersetzungen zwischen der Stadtverwaltung und der Liga der freien Wohlfahrtspflege stellen diese Kooperation in Frage.

Die Aufgabe der Politik sollte hier in der Moderation zwischen den Trägern liegen. Diese Aufgabe wollen wir wahrnehmen, denn

wir sehen unsere zukünftige Gestaltungsmöglichkeit als Stadträte nicht allein in der Haushaltskonsolidierung, sondern in der Entwicklung der einzelnen Sozialräume auf allen Ebenen und verstehen Sozialraumorientierung nicht als ein Wunder sondern als eine Chance.

Wenn das Konzept Sozialraumorientierung nicht zum Werbeslogan "Geiz ist geil" verkommen soll, gibt es noch viel zu tun.

So werden wir uns in einem nächsten Artikel mit den Folgen der Stadtentwicklung, der Abwanderung und der Individualisierung auseinandersetzen.

Kontakt: Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Fraktionsvorsitzender: Prof. Dieter Schuh

Geschäftsstelle: Sabine Wolff, V. i. S. d. P. Geschäftsführung

Postanschrift: Hansering 15 06108 Halle (Saale)

E-Mail: neuesforumunabhaengige@halle.de Telefon: +49.345.221-3058

Sprechzeiten: Mo.-Do. 14 - 16 Uhr